

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Vorstande der III. Abtheilung der Generaldirektion der Staatseisenbahnen Oberfinanzrath Bergmann den Titel und Rang eines Geheimen Beirathes und dem Mitgliede der genannten Beirathes Finanzrath Dr. Otto das Ritterkreuz 1. Klasse vom Kaiserlichen Orden zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Weidmüller II. Klasse Falkin in Zwickau das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem vormaligen Hofkammerer bei der Criminal-Abtheilung der Polizeidirection zu Dresden, Schuffenhauer, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Dresden, 12. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, nachstehende Personal-Veränderungen in der Armee zu genehmigen:

Offiziere, Führer u. s. w.

Den 31. Mai 1899.

Heinrich, Lt. im 3. Inf.-Regt. Nr. 102 „Prinz-Regent Luitpold von Bayern“, zu den Königl. Säch. Komp. des Königl. Preuss. Eisenbahn-Regts. Nr. 2 versetzt.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem nachgeordneten Offizieren und Unteroffizieren die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen nichtschärflichen Insignien zu erteilen, und zwar:

des Königl. Preussischen Rothem Adler-Ordens 4. Klasse:

dem Major v. Rangoldt-Reiboldt, persönlichen Adjutanten Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Johann Georg, Herzogs zu Sachsen;

des Königl. Preussischen Rothem Adler-Ordens: dem Stabskapitän Schröder des 2. Gren.-Regts. Nr. 101 „Kaiser Wilhelm, König von Preußen“;

des Kaiserlich und Königl. Oesterreichischen Ordens der Ehrenkreuze 3. Klasse:

dem Rittmeister Grafen Wilding v. Königsbrunn, persönlichen Adjutanten Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Johann Georg, Herzogs zu Sachsen;

des Oesterreichischen Franz Joseph-Ordens:

dem Major v. Rangoldt-Reiboldt, persönlichen Adjutanten Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Johann Georg, Herzogs zu Sachsen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Graflich-Soldatische Kammerdiener August Ewald Rämpf in Wildenfels die ihm von Sr. Durchlaucht dem Grafen-Regenten des Fürstenthums Lippe verliehene goldene Verdienst-Medaille annehme und trage.

Ernennungen, Versetzungen u. c.

Im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz. Der Rechtsanwält Hans Schomburgk in Stettin ist zum Referar für Stettin auf 1. Juni 1899 ernannt worden.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen. Bei der Fortsetzung sind ernannt worden: Sachersdorfer, Obersteuerrath, Graf, Kasse und Schulz, seitiger Postinspektor, als Postinspektor im Bezirk der Kaiserl. Ober-Postdirektion zu Leipzig; Müller, Paul, Camill, Graf und Gehobandner, seitiger Postinspektor, als Ober-Postinspektor im Bezirk der Kaiserl. Ober-Postdirektion zu Leipzig; Widlich, Hermann, Held, Bertram, Proge, Schreier, Wöge, Pantisch, Hill, Burghard und Bed. seitiger Postinspektor, als Postinspektor im Bezirk der Kaiserl. Ober-Postdirektion zu Dresden.

Kunst und Wissenschaft.

Königl. Opernhaus. — Am 10. d. Mts.: „Jefonda“. Oper in drei Akten von E. Gehr. Musik von Louis Spohr.

Louis Spohr, dessen musikalische Eigenart durch das bekannte Wort: „Er war der beste Violinist unter den Komponisten und der hervorragendste Komponist unter den Organisten“ am treffendsten gekennzeichnet erscheint, ist durch die unlängst erfolgte Wiederbelebung der „Acuzschere“ an der Stelle seiner langjährigen künstlerischen Wirklichkeit als Opernkomponist erneut in den Vordergrund gestellt worden. Daß sich der Erfolg dieses von dem Kapellmeister Dr. Berger geleitet und pietätvoll bearbeiteten Opernwerkes zu einem bleibenden gestalten werde, erscheint um so zweifelhafter, als sich von den Bühnenschauspielen Spohrs, unter denen „Jasch“ und „Jemite und Agor“ die bekanntesten sind, nur „Jefonda“ dauernd auf dem Spielplan zu erhalten vermochte. Ein Hauptgrund dafür dürfte in dem Umstand zu suchen sein, daß in Spohrs Opern das dramatische Knochengewebe durch die vorherrschend weiche, romantisch sentimentale und darum vielfach einseitige Grundstimmung der Musik eine Umhüllung erfährt, die einer unmittelbaren und fortreißenden Bühnenwirkung nicht fähig ist. Es wohnt, wie Otto Reigel in seinem „Führer durch die Oper“ bemerkt, gleich „wei Serlen“ in der Brust des Komponisten. Während er einerseits seiner Musik eine Farbe und Nachdrücklichkeit, einen Ernst und eine Würde verleiht, die an die besten Tonwerke der Klassiker, namentlich Mozarts und Beethovens, erinnern, kehrt er nur zu schnell wieder zu jenem Grundstimm, der zum ersten Schöpfungsgeföh der Musik die Kernlichkeit, das sinnliche Wohlbehagen erhebt, zurück und beinträchtigt so die Tiefe und Nachhaltigkeit der gewonnenen dramatischen

Im Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Erledigt: Die Kirchenstelle zu S. Maria. Referar: das 2. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Die Stelle gehört außer freier Wohnung im Schulhaus ein jährliches Einkommen von 1000 M. für den Schuldienst und 615 M. 14 Pf. für den Kirchendienst. Gesuche sind an den Referar zu richten und mit den erforderlichen Belegen bis zum 27. d. Mts. an den Königl. Bezirksschulinspektor Schulze Lehmann zu Pirna einzureichen. — Die 2. händige Lehrstelle in Gröden a. b. Postheim i. d. Ggl. Referar: das Königl. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Einkommen: 1800 M. Gehalt, 150 M. Wohnungsgeld, 216 M. für Lehrkosten und 72 M. für Unterricht in der Fortbildungsklasse. Gesuche mit den erforderlichen Unterlagen sind bis zum 25. Juni bei dem Königl. Bezirksschulinspektor Schulze Dr. Dreunigam in Radebach i. d. Ggl. einzureichen. — Zu besetzen: die Kirchenstelle zu Blattersleben. Referar: das Königl. Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Einkommen: außer freier Wohnung und Gehaltensgeld 1300 M. Gehalt, 72 M. für den Fortbildungsklassenunterricht und nach Befinden 48 M. der Frau des Lehrers für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten. Gesuche sind bis zum 23. Juni bei dem Königl. Bezirksschulinspektor Schulze Sieber in Gröden einzureichen.

Im Geschäftsbereich des evangelisch-lutherischen Landesconsistoriums sind oder werden demnächst folgende Stellen erledigt; davon sind zu besetzen A. nach dem Kirchengesetz vom 8. Dezember 1896 im 1. Halbjahr 1899: vacant; B. im regelmäßigen Besetzungsdienst: das Pfarramt zu Reibersdorf (Oberlausitz) — Nr. V (3) — Referar: Ständeherr Graf von Einsiedel auf Reibersdorf; das Pfarramt zu Herwigsdorf bei Bittau (Oberlausitz) Nr. IV (1) — Referar: der Stadtrat zu Bittau. — Tagungen werden angehalten, des Besondere: Rat Wilhelm Hoyer, Herrmann, Herr in Königshaus, als Diakon am Dom zu Freiberg (Episkopat).

Im Geschäftsbereich des Ministeriums des Kriegs. Beamte der Militär-Verwaltung. Durch Verfügung des Kriegs-Ministeriums. Den 26. Mai 1899.

Herrmann, Bahnhofs-Kapitän im Schützen- (Fäl.)-Regt. Nr. 108, als Adjutant-Bureauadjutant bei der Infanteriebrigade Nr. 1. Div. Nr. 28 unter dem 1. Juni 1899 angestellt.

Nichtamtlicher Teil.

Zum Abschluß der neuesten Ausgleichskrise in Oesterreich.

Aus Wien wird uns geschrieben: Bis zur Stunde fehlen sichere Aufschlüsse über den Inhalt der Abmachungen, durch welche der schon seit mehreren Wochen schwebende Konflikt zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung beigelegt worden ist. Die widersprüchlichen Angaben der Blätter lassen aber doch erkennen, daß die Lösung nicht nur dem Worte, sondern auch der Sache nach durch ein wirkliches Kompromiß erzielt worden ist, das heißt durch ziemlich gleichwertige Zugeständnisse beider Teile. Ungarn hat in der vielumstrittenen Frage der Neuorganisation des gemeinsamen Vorkontrollinstituts allen Ansprüchen nach einen Erfolg errungen; es mußte aber als Gegenpreis Zugeständnisse bezüglich der verlängerten Geltung der Ausgleichsverträge gewähren und somit auf Forderungen verzichten, die man in Uda-Pest noch vor kurzem ohne Rücksicht auf die Interessen Oesterreichs und des Gesamtstaates sehr entschieden ansprach. Dieser Verzicht ist von hoher Bedeutung, und die ableitendste regierungserfindliche Presse behauptet daher nur die Einseitigkeit ihrer Auffassung und Taktik, wenn sie das Kompromiß als eine schwere Niederlage des Wiener Kabinetts bezeichnet. Ein erschöpfendes Urteil über die Abmachung wird erst zu fällen sein, wenn die Bestimmungen der letzteren zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen; vorläufig aber gewinnt man den Eindruck, daß es bei

der Lösung der Krise weder einen Sieg noch eine Niederlage gab. Ist diese Annahme richtig, so hat man in erster Linie nicht die Realitäten der Lösung, sondern die noch wichtigere Tatsache zu würdigen, daß ein erster und tiefergehender Gegenjah, der in Wien wie in Uda-Pest den Ausgangspunkt schwerer innerpolitischer Erschütterungen bilden konnte, ohne weitere Verwickelungen aus der Welt geschafft worden ist. Wenn unsere Oppositionspresse sich nun ansieht, die für Oesterreich aus der Beschleunigung der Bankreform etwa erwachsende Schädigung ziffermäßig abzuschätzen, so sollte sie doch auch der in Bittern nicht so leicht zu bemessenden Schädigung gedenken, welche mit dem Ausbruch neuer innerer Kriegen verknüpft sein mußte. Es ist das Verdienst beider Regierungen, vor allem aber das Ergebnis der unermüdlichen vermittelnden Einwirkung des Monarchen, daß der Staat vor einer solchen Heimsuchung bewahrt blieb, obgleich die friedliche Beilegung des Konfliktes in zahlreichen Phasen der nun beendeten Verhandlungen nahezu unmöglich schien.

Die österreichische Regierung hat sich den Forderungen Ungarns nicht untergeordnet; sie hat ihren Standpunkt, den sie anfänglich als unverrückbar bezeichnete, erst geändert, als auf ungarischer Seite, wo die Unnachgiebigkeit förmlich zur Staatsraison proklamiert wurde, im Verlaufe der Verhandlungen das Gleichgewicht die Angriffe, die man gegen das Ministerium Thun wegen seiner vermeintlichen Energielosigkeit und Schwäche richtet, sich daher ebenso unerschrocken wie jene, die der ungarische Kabinettschef im Budapest Reichstage zu gewärtigen hat. Nicht daselbst gilt aber von den in unseren deutsch-oppositionellen Blättern laut werdenden Klagen über die Zurücksetzung des Parlamentes bei der gesamten Beilegung der Ausgleichskrise. Es ist richtig, daß diese Zurücksetzung der natürlichen Mission des Parlamentes widerspricht und daß dadurch auch die Interessen Oesterreichs im allgemeinen leiden. Die ungarische Regierung stützt sich bei jedem Vorgehen in der Ausgleichsangelegenheit auf den Willen der Volksvertretung, deren Macht und moralisches Ansehen durch die vor kurzem erfolgte Klärung der Parteiverhältnisse noch erhöht worden sind. Das österreichische Kabinettsentbehrt einer solchen Stütze; es kann seinen Forderungen niemals durch den Hinweis auf parlamentarische Grundgebungen verstärkten Nachdruck verleihen, und es muß Ausnahmsbestimmungen der Verfassung anwenden, um unter Umgehung des Parlamentes die gefällige Gültigkeit der mit Ungarn getroffenen Abmachungen zu sichern. Oesterreich befindet sich daher bei der Auseinandersetzung mit Ungarn vorweg im Nachteil. Die Regierung, die sich ohne zwingende Gründe in diese Position begeben hätte, würde dem herbstlichen Label verdienen; sie wäre mit dem Oidium einer ungelungenen Krisenlösung in einer für das Wohl Oesterreichs wichtigen politischen und wirtschaftlichen Campaigne befaßt und zugleich mit der Verantwortung für eine belagerte Verletzung des konstitutionellen Prinzips. Wäre die österreichische Regierung wirklich von der ihr zugeschriebenen Feindseligkeit gegen den Parlamentarismus erfüllt, so könnte sie doch nicht so leichtfertig und unklar sein, sich in den Ausgleichskämpfen mit Ungarn einer wertvollen Waffe mutwillig zu berauben. Gerade die Ereignisse der letzten Tage haben aber in überzeugender Weise dargethan, wie diese Waffe heute beschaffen ist. Das ungarische Abgeordnetenhaus beschloß während der bewegtesten Phase der Ausgleichsverhandlung eine feierliche Kundgebung des Vertrauens und der Zustimmung zu dem Vorgehen der Regierung. Eine analoge Kundgebung ist fast zur gleichen Zeit auch seitens der Vertrauensmänner aller Parteien der österreichischen Reichsratsmehrheit zu Gunsten der öster-

reichischen Regierung erfolgt. Die Führer der Rechten erklärten einmütig, daß sie den Standpunkt der Regierung unbedingt billigen und daß sie bereit seien, die Aktion des Kabinetts rückhaltlos zu unterstützen. Der Schanplatz dieser Demonstration war — das Privatbureau des Vizepräsidenten unseres Abgeordnetenhauses. In diesem Räume konnte man während einer flüchtigen Stunde die Stimme des österreichischen Parlamentes vernehmen. Aber nicht die des Parlamentes in seiner Gesamtheit, sondern nur die Meinungsäußerung der Mehrheitsparteien. Die Minderheit versichert täglich durch ihre Presse, daß sie die Abwehr der ungarischen Ueberhebung als eine Pflicht jedes österreichischen Patrioten betrachte; zu einer Beistützung dieser Pflicht, zum Beitritte zur Kundgebung der Mehrheit vermochte sie sich jedoch auch in der jüngsten kritischen Epoche nicht emporzuschwingen. Sie hat ihren Hohn mit dem Grafen Thun ausgetragen, und sie erblickt in den Sprachverordnungen den Angelpunkt der Geschichte Oesterreich-Ungarns. So lange Graf Thun am Ruder bleibt, so lange die Sprachverordnungen nicht befreit sind, kann sie sich mit anderen Dingen nicht beschäftigen. So hat sie jetzt den Vorwurf des mangelnden Patriotismus zu bekämpfen, den man in einflussreichen Kreisen gegen sie erhebt; sie ist in den verhängnisvollen Vann der Kabinetts geraten, deren Treiben immer neue Verlegenheiten für die gemäßigten Gruppen verursacht.

Die Erinnerung an die jüngste Ausgleichskrise wird in der Zukunft mehr als einmal auftauchen, wenn die Gegner der Regierung die Anklage aussprechen, daß man in Oesterreich das Parlament bei Seite geschoben hat. Die Antwort aber wird lauten, die parlamentarische Opposition selbst habe das Parlament in dem Augenblicke bei Seite geschoben, in welchem es neuerdings zur Macht kommen konnte, in dem Augenblicke, der ein Zusammenwirken aller ersten Faktoren erheischte.

„Ausnahmegesetz“.

R. C. In der sozialdemokratischen und der freisinnigen Presse wird die Gesetzesvorlage zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses als ein Ausnahmegesetz gegen den Arbeiterstand bezeichnet und es wird der Vorwurf erhoben, sie wolle Handlungen von Arbeitern begangen, unter Strafe stellen, die, von anderen Personen begangen, straflos bleiben. Dem liegt eine völlig schiefe Auffassung von dem Wesen des Entwurfs zu Grunde. Nicht nach dem Stande der Personen, welche die in Frage kommenden Handlungen begehen, sondern nach dem Charakter der Handlungen selbst, müssen diese begangen sein, um wenn sie wollen, richten sich die Bestimmungen des Entwurfs. Daß Vorschriften, welche den Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses betreffen, keine Anwendung finden können auf Verhältnisse, bei denen ein gewerbliches Arbeitsverhältnis nicht in Frage kommt, liegt im übrigen auf der Hand.

Alle von dem Entwurfe zu treffenden Handlungen sind solche, die nur in den modernen Arbeitskämpfen vorkommen; wegen ihres Zusammenhangs mit diesen Kämpfen und weil sie in ihnen erfahrungsgemäß die Bedeutung von Kampfmitteln haben, durch welche die Willensfreiheit Anderer in besonders hohem Grade gefährdet wird, erscheint es geboten, sie zum Gegenstande eines Ausnahmegesetzes, wohl aber eines Sondergesetzes zu machen. Den besonderen Erfordernissen im wirtschaftlichen Leben durch besondere, den praktischen Bedürfnissen nachgehende, auf diese Art aber auch beschleunigende Vorschriften gerecht zu werden, ist Sache einer gesunden Gesetzgebungspolitik.

In einem Aufsatze der „Vossischen Zeitung“ vom 3. d. M. wird ausgeführt: „Ein Arbeiter, der an einem Tage feiert, ohne irgend einen Menschen zu beschäftigen, kann ein Jahr Gefängnis bekommen; der Geschäftsmann aber, der sich an die Ladentüre eines Konkurrenten stellt, um zu sehen, welche Kunden bei ihm ein- und ausgehen,

Resistenz des Hrn. Paul sehr ausgezeichnet. Auch Hr. Müller (Fürst Liebenstein), Hr. Franz (Graf Ernst Liebenstein), Hr. Egger (Oberamtsrat v. Döring) und Hr. Guff (Anton Sanftleben), letztere beide in Rollen, die zur Karrikatur herausfordern, wirkten zum Weiterleitens des Stückes lebendig mit. Die Damenrollen, von denen nur die der jungen Comtesse Riborn vom Verfasser etwas reich und lebensvoller ausgestattet ist, wurden durch Fr. Gessny (Comtesse Clauise), Fr. Guinand (Gefin Riborn) und Fr. Trommsdorff (Sirma v. Döring) mit all der theatralischen Gewandtheit und Kunst dargestellt, die das Publikum Gehalten erbliden läßt, so der Verfasser kaum Schatten jenseits gebracht hat. Adolf Stern.

Das Klappische Lustspiel, eines der vielen, die ihre Situationskomik der völligen Unwahrscheinlichkeit ihrer Voraussetzungen verdanken, hat sich durch einige regiebegierige Rollen, durch mantere Beweglichkeit und eine gewisse Lebendigkeit des Ausdrucks, die freilich mehr aus dem Frivolitäten als aus der Natur der Personen stammt, längere Zeit auf den Brettern behauptet, als die meisten seiner zahlreichen Genossen. In der gestrigen Vorstellung trat Hr. Thimig als Theodor Schmöblig aus Weihen auf und stellte den neuwaffigen und hellen Soldaten auf Reiten mit all der Freische, Behaglichkeit und der künstlerischen Reife, die jeden Strich aus der Totalanschauung schöpft und zum Ganzen stimmt, höchst wirksam dar. Im ganzen mag diese Gestalt in Wien noch ergründet wirken, als hier, wo wir die Originalen dazu zu nahe und zu häufig vor Augen haben. Es bedarf keiner Versicherung, daß die Verleserung des meißnischen Gutsbesizers, die der Künstler hinstellt, überall über die landesübliche Wiedergabe hinausragt, doch gibt sie, weil der Zweck auch von minder vorzüglichen Darstellern nicht leicht verfehlt wird, weniger Gelegenheit, das außerordentliche künstlerische Talent zu entfallen, das wir an unserem Gast bewundern. Den schallenden Beifall, den das vollständig gefüllte Haus spendete, hatte Hr. Thimig mit einigen unserer heimischen Darsteller zu teilen, namentlich wurde der humoristisch weitgenannte Baron

Der Berliner Schriftsteller Theodor Mommsen wurde einstimmig zum korrespondierenden Mitglied der französischen Akademie für Inschriften gewählt.

Ein wissenschaftliches Institut, das für die Entwicklung unserer Kolonien von großem Einflusse werden kann, wird von der kolonial-wirtschaftlichen Vereinigung angestrebt. Es handelt sich darum, den seit 1888 bestehenden botanischen Garten in Victoria (Ramerum) mit einem pflanzenphysiologischen Institut auszurüsten. Dieses Institut würde zunächst den Forschungskreis, die jene Gärten auf ihre Flora und Fauna untersuchen, eine Heimstätte werden, in der sie das gesammelte Material vorbereiten, sichten und zum Teil schon bearbeiteten könnten; viele Gegenstände würden erst nach Europa mitgeschleppt zu werden brauchen, wenn die nötigen Einrichtungen in Afrika vorhanden wären. Auch würde, wenn man in Ramerum ein solches Institut hätte, zweifellos eine größere Zahl von Gelehrten als jetzt unsere Kolonien aufsuchen und zu ihrer Erforschung und Erschließung beitragen, während jetzt ein guter Teil mit Unterstützung unserer wissenschaft-